

# Spanischer Krieg

jW Spezial

Donnerstag, 1. September 2016,  
Nr. 204

Eine gemeinsame Beilage von

Arbejdere

junge Welt

Morning Star

Zeitung  
von Lëtzebuurger Volks

■ **Seite 2: Front kontra Volksfront.** »Nichteinmischung« und die Spanische Republik. Von Peter Rau ■ **Seite 4: Zu Hause verfolgt:** Dänen in den Internationalen Brigaden. Von Albert Scherfig ■ **Seite 5: Die Schlacht im East End.** Im Oktober 1936 wurden britische Faschisten aus Londoner Arbeiterviertel vertrieben. Von Phil Katz ■ **Seite 8: Die verlängerte Diktatur.** Kirche und Staat im heutigen Spanien wollen nicht an Opfer Francos erinnert werden. Von Carmela Negrete

Von Anfang an waren die faschistischen Mächte am angeblichen Bürgerkrieg in Spanien beteiligt. Parallelen zur Gegenwart sind kein Zufall.

Von Arnold Schölzel

Vor 80 Jahren begann mit dem Militärputsch in der Nacht zum 18. Juli 1936 der Spanische Krieg, der zu Unrecht als Bürgerkrieg bezeichnet wird. Ausländische Mächte waren von Anfang an auf den Schlachtfeldern beteiligt. Deutschland und Italien, die über die Pläne der spanischen Armeeführung informiert waren (und über ihre Quellen in beiden faschistischen Staaten auch die sowjetische Aufklärung), lieferten sofort Unterstützung, Waffen und Soldaten. Die Westmächte förderten dies unter dem Deckmantel der Nichteinmischung. Der Zweite Weltkrieg, lässt sich rückblickend sagen, begann nicht am 1. September 1939, sondern in Wirklichkeit im Sommer und Herbst 1936. jW hat das Geschehen vor 80 Jahren zum Anlass für diese Beilage genommen. Von unseren Kollegen beim *Dagbladet Arbejdere* in Kopenhagen, *Morning Star* in London und der *Zeitung vom Lëtzebuurger Vollek* aus Luxemburg erhielten wir dazu Beiträge über die Unterstützung von Internationalisten ihrer Länder für die Spanische Republik und den Widerstand gegen Faschisten in ihren Ländern. Für jW befassen sich Peter Rau und Carmela Negrete mit der Haltung der europäischen Länder zu den Ereignissen und dem Umgang des heutigen spanischen Staates damit. Hingewiesen sei auch auf den Artikel Peter Raus über die Hilfe der Sowjetunion für die Republik, den jW am 18. Juli veröffentlichte.

Die UdSSR gibt es nicht mehr. Mit ihrem Untergang existierte kaum noch Widerstand gegen das kriegerische Wesen des Imperialismus, erst seit kurzem bildet sich eine internationale Staatenfront gegen die neokolonialen Feldzüge des Westens. Der Antikriegstag am heutigen 1. September wird daher mitten in einer Kriegszeit begangen. Im Mainstream von Politik, Medien und Öffentlichkeit der BRD wird dennoch permanent das Gegenteil behauptet. »Wir leben seit Bestehen der Bundesrepublik im Frieden« ist die Floskel, die verbreitet wird.

Tatsächlich geht aber seit dem Anschluss der DDR 1990 wieder Krieg von deutschem Boden aus. Es gelingt der hiesigen Propagandamaschinerie – in der für alle Feldzüge mit Bundeswehrbeteiligung zumeist sorgfältig das Wort Krieg vermieden wird – das aus den Köpfen vieler Menschen zu verdrängen. Erst recht gilt das für die verdeckte oder wenig sichtbare Teilnahme an den Angriffskriegen im Irak, in Libyen, Syrien oder in der Ukraine.

Und insbesondere wird das bei den Aggressionsplänen gegen Russland verschleiert, die auf dem NATO-Gipfel in Warschau Anfang Juli 2016 verabschiedet wurden. Die offizielle Wiederaufnahme der Abschreckungsdoktrin geht einher mit einer als »Modernisierung« bezeichneten Erneuerung der atomaren Bewaffnung des Paktes. So will der Westen die Verhältnisse in der Welt erneut wie vor über 35 Jahren mit dem sogenannten NATO-Doppelbeschluss per Aufrüstung und Androhung kompletter Zerstörung bestimmen.

Zugleich spitzt sich auf den Schlachtfeldern der »Wertegemeinschaft« die Konfrontation der Großmächte zu. Die Situation im Nahen und Mittleren Osten hat einen derartigen Grad an Unberechenbarkeit erreicht, dass jederzeit ein direkter Zusammenstoß etwa zwischen Russland und den USA möglich ist. Ähnlich ist die Lage in der Ukraine. Wer die in Kiew Regierenden als Freunde hat, braucht keine Feinde mehr – das scheint sich selbst in NATO-Außenministerien herumsprechen. Und auch der angebliche Bürgerkrieg in Syrien wurde wie seinerzeit in Spanien von Anfang an von außen gelenkt und geschürt. Insofern ist das, was vor 80 Jahren begann, eine aktuelle Mahnung für die Gegenwart. Der Spanische Krieg war der Beginn einer die Welt umfassenden Katastrophe, die hätte verhindert werden können.



Spanische Anti-Franco-Postkarte aus den Jahren 1936/37

## Beginn einer Katastrophe

# Front kontra Volksfront

Die »Nichteinmischung« war vor acht Jahrzehnten nicht die einzige Verschwörung gegen die Spanische Republik. **Von Peter Rau**

Als unverblühte Kriegserklärung an die Volksfront schickten Deutschland und Italien nach Zehntausenden zählende Soldaten und Waffenlieferungen über Hunderte Millionen Reichsmark (hier die Ju 52 im Kampfeinsatz über Spanien, 1936)

Als im Juli/August 1935 der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale seine Thesen zur Aktions-einheit der Arbeiterbewegung und zur Volksfrontpolitik postulierte, sah es in der Welt noch lange nicht nach einer Einheitsfront aller antifaschistischen Kräfte aus. Blicken wir einmal zurück auf jene Sommermonate: Rund 500 Delegierte mit beschließender und beratender Stimme vertraten in Moskau 65 Parteien mit rund vier Millionen Mitgliedern; doch lediglich 26 dieser Parteien konnten seinerzeit legal agieren. Im Mittelpunkt der Beratungen stand das von Georgi Dimitroff gehaltene Hauptreferat »Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus«. Darin konstatierte er, dass die Arbeiterbewegung in einigen Ländern, so in Italien und Deutschland, nicht verhindert hatte, dass der Faschismus – als offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals, wie es damals definiert wurde – seine barbarische, ja mörderische Herrschaft errichten bzw. festigen konnte. Der Weltimperialismus versuche, die Ausbreitung der sozialistischen Idee durch den Abbau der bürgerlichen Demokratie und den Übergang zur offenen Diktatur aufzuhalten. Angesichts dessen sei eine Überprüfung der Generallinie der Komintern und ihrer Parteien unerlässlich.

Dimitroff unterzog die bisher anzutreffenden sektiererischen und dogmatischen Tendenzen in der kommunistischen Weltbewegung einer scharfen Kritik und wies in seinem Referat nach, »dass die Herstellung der Einheitskampffront der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen historischen Etappe die wichtigste, nächstliegende Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung ist«. Damit korrigierte der Generalsekretär des Exekutivkomitees der Komintern früher ausgegebene falsche Lösungen und Einschätzungen. Im Kampf gegen die reaktionärsten Kräfte des Imperialismus und Militarismus bestünde die wichtigste Aufgabe darin, die demokratischen Freiheiten und sozialen Rechte der Volksmassen zu verteidigen und eine breite antifaschistische Volksfront zu schaffen.



PICTURE ALLIANCE / ANO

Die Beilage *Spanischer Krieg* ist eine Kooperation der Tageszeitungen *Arbejderen* (Dänemark), *Morning Star* (Großbritannien), *Zeitung vom Lëtzeburger Vollek* (Luxemburg) und *Junge Welt*. Sie erscheint im Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin. Redaktion: Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.), Anzeigen: Silke Schubert, Bildredaktion: Daniel Hager, Gestaltung: Michael Sommer.

Der italienische KP-Funktionär Palmiro Togliatti, der über die wachsende Gefahr eines imperialistischen Krieges referierte, die vor allem von deutschen Faschismus ausgehe, warnte davor, dass ein militärischer Konflikt zwangsläufig auf einen Angriff gegen die Sowjetunion hinauslaufen werde. In diesem Zusammenhang verurteilte er insbesondere die Politik der USA und Großbritanniens, die mit ihrem blinden Hass gegen den Sozialismus und die UdSSR die Kriegsvor-

bereitungen des deutschen, italienischen und japanischen Imperialismus unterstützen würden.

## Parteiläger der Reaktion

Rechte Reaktionen auf diese Kampfan-sagen von links ließen nicht lange auf sich warten, zumal sich vielfach bereits profaschistische Regimes etabliert hatten. Im November 1936 verabredeten Deutschland und Japan einen »Antikom-

internpakt«, dem sich im folgenden Jahr auch Italien anschloss. Mit Franco-Spanien und Ungarn (1939) sowie Bulgarien, Finnland bzw. Rumänien und den von Deutschland besetzten Staaten Dänemark, Kroatien und Slowakei folgten 1941 weitere Länder.

Betrachtet und bewertet man die Situation in der Welt zu jener Zeit, lässt sich festhalten: Dem aufkommenden bzw. bereits etablierten Faschismus hatte die sogenannte internationale Staatengemeinschaft

ANZEIGE

**David Porter**  
**Entfachte Utopie**  
Emma Goldman über die Spanische Revolution  
440 Seiten | 24,80 Euro  
ISBN 978-3-89771-214-0

Zum 80. Jahrestag des Beginns der Spanischen Revolution

Die Spanische Revolution war Emma Goldmans letzter großer Kampf für die Ideale des Anarchismus. Sie reiste zwischen Juli 1936 und April 1939 dreimal für jeweils mehrere Monate in das revolutionäre Spanien, besuchte im ganzen Land selbstverwaltete Fabriken und Agrarkollektive, anarchische Gewerkschaften und Vereine, hielt Reden und Vorträge und koordinierte Geldsammlungen.

David Porter würdigt in einem Mosaik aus Briefen, Reden, Artikeln und anderen Beiträgen Goldmans, thematisch einsortiert und in den historischen und politischen Kontext gebettet, ihren streitbaren Kampf gegen den Franco-Faschismus und für eine freiheitliche Spanische Republik.

**UNRAST Verlag**  
★ Neuerscheinungen ★

**Markus Mohr (Hg.)**  
**Legenden um Entebbe**  
Ein Akt der Luftpiraterie und seine Dimensionen in der politischen Diskussion  
400 Seiten | 19,80 Euro  
978-3-89771-587-5

»Das Geselddrama von Entebbe wird Gegenstand von Forschung, Dichtung und Legende sein.«  
Yitzhak Rabin

Die Tatsache, dass zwei westdeutsche Guerillas der Revolutionären Zellen mitverantwortlich für die Entführung jüdischer und israelischer Geiseln waren, löst bis in die Gegenwart anhaltende Diskussionen aus. Kann Entebbe – wie vielfach behauptet – als ultimativer Beweis für den Antisemitismus der Linken gelten?

Während die Ereignisse bisher kaum wissenschaftlich erforscht sind, ist ihre diskursive Bedeutung vielfältig aufgela-den. Die quellenkritisch fundierten Beiträge in diesem Buch hinterfragen das »Selektionsmythos« und beleuchten die damit verknüpften Interessen damaliger wie gegenwärtiger Akteure. Das kann bedeuten, dass es notwendig ist, die Dinge noch komplizierter zu fassen, als sie ohnehin schon sind.

**Guy Standing**  
**Eine Charta des Prekariats**  
Von der ausgeschlossenen zur gestaltenden Klasse  
336 Seiten | 19,80 Euro  
978-3-89771-213-3

»Gegenwärtig das Buch zum Thema.«  
Joe Berry | *Labor Studies Journal*

Guy Standing entwirft eine *Charta des Prekariats* und erörtert, welche gesellschaftlichen Kräfte und Koalitionen in der Lage sind, diese umzusetzen.

»Eine *Charta des Prekariats* ist so viel ein rares Buch: ein Text aus der Linken, der sich nicht nach einer verlorenen Vergangenheit sehnt, sondern energiegelad die Zukunft anpackt. Standing bietet progressiver Politik einen belebenden Grund: nicht vor den ökonomischen Praktiken zu kapitulieren; als wären sie Naturgewalten, sondern nach einem Wohlstand für alle zu streben, der unsere Menschlichkeit steigern wird.«  
John Harris | *The Guardian*

Das ganze Programm online: [www.unrast-verlag.de](http://www.unrast-verlag.de)  
**UNRAST Verlag | Postfach 8020 | 48043 Münster**

nichts Entscheidendes entgegenzusetzen. Namentlich Italien, dessen seit 1922 regierende faschistische Führung nach der Eroberung großer Teile Libyens mit der 1935 begonnenen Annexion Äthiopiens vollendete Tatsachen schuf und weitere Kriegsgefahr signalisierte, brükierte ein ums andere Mal die Welt. Nicht anders Hitlerdeutschland, das mit massiver Aufrüstung seine durch den Versailler Vertrag von 1919 begrenzten Streitkräfte auf Kriegsstärke brachte und davon – wie auch Mussolini – einen nicht unerheblichen Teil den Kumpanen in Spanien zur Verfügung stellte. Selbst im Fernen Osten rüstete Japan nach der Besetzung von Nordostchina zur Eroberung weiterer Gebiete. Diese Beispiele regten auch anderenorts die Parteigänger der extremen Rechten an. Die Regimes in Bulgarien, Rumänien, Polen, Ungarn oder Österreich nahmen immer stärker faschistische Züge an.

Das hatte nicht zuletzt mit der inneren Verfasstheit jener Länder zu tun, die sich demokratisch nannten bzw. vorgaben, es zu sein. Bis auf wenige Ausnahmen regierten da Kräfte, die nicht eben volksfrontfreundlich gesinnt waren. Selbst sozialdemokratisch geführte Regierungen konnten ihre antikommunistischen Vorurteile, die zudem von der bürgerlichen Presse nach Leibeskäften geschürt wurden, nicht überwinden. Bezogen auf den Krieg in Spanien haben viele der hier genannten Länder allerdings bisher kaum im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung gestanden. Zu nennen wären da neben den schon erwähnten Balkanländern Griechenland und Jugoslawien auch die nord-europäischen Staaten Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland sowie die Benelux-Länder oder Portugal.

In Bulgarien verbot die Regierung nicht nur den Export und den Transit von Waffen nach Spanien, sondern stellte jeden Handel mit der Spanischen Republik ein. Obwohl die diplomatischen Beziehungen zu Madrid nach außen hin fortgesetzt wurden, gestattete Sofia einem Vertreter der Meuterei nicht nur die Anwesenheit in Bulgarien, sondern garantierte auch dessen Handlungsfreiheit.

In Jugoslawien, als Königreich erst 1918 aus der Erbmasse der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn mit 16 Sprachgemeinschaften und vier Religionen hervorgegangen, orientierte sich die antisowjetisch eingestellte Regierung von Milan Stojadinovic (1935–1939) auf Deutschland und Italien. Sie verfolgte als Staatsbürger, die ihre Solidarität mit der Spanischen Republik bekundeten. Der Beitritt Jugoslawiens zum Antikominternpakt scheiterte indes im Jahr 1941 am massenhaften Widerstand im Vielvölkerstaat – und wurde umgehend mit dem Einfall der Wehrmacht im Balkanland bestraft.

Griechenland war nach einem gut zehnjährigen republikanischen Zwischenspiel und mehreren Staatsstreichern seit 1935 unter Georg II. wieder Königreich. Im Jahr darauf wurde die monarchofaschistische Diktatur von General Ioannis Metaxas errichtet, die u. a. ein totales Parteienverbot verfügte. Nachdem Athen einen sowjetischen Vorschlag für ein regionales System kollektiver Sicherheit rundweg abgelehnt hatte, wurde das Land Opfer italienischer bzw. deutscher Truppen.

### Von Polen bis Portugal

Seit der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit 1918 und der Intervention gegen Sowjetrussland zwischen 1919 und 1921 wurde Polen mehr und mehr zu einem Objekt des ausländischen Monopolkapitals. Nach 1926, dem Staatsstreich von Jozef Pilsudski, der das Land diktatorisch regierte, strebte die Regierung in Warschau ab 1934 eine enge Zusammenarbeit mit Nazideutschland an. So nahm es auch nicht wunder, dass sich alle reaktionären und profaschistischen Kräfte bis hin zum katholischen Klerus und der chauvinistischen Nationalpartei auf die Seite der Auführer in Spanien stellten. Im Gebäude der polnischen Botschaft in Madrid fanden 140 monarchistische und faschistische Politiker nebst ihren Familienangehörigen monatlang Unterschlupf. In Warschau war halboffiziell eine Vertretung des öffentlichen Lebens geleitet vom ehemaligen spanischen Gesandten Francisco Serrata, am Werk. Zudem erlaubte Polen den Putschisten den Ankauf polnischer bzw. ausländischer Waffen und deren Transit über die Häfen von Gdansk (Danzig) und Gdynia, während andererseits Antifaschisten daran gehindert wurden, das Land Richtung Spanien zu verlassen.

In Österreich waren nach dem antifaschistischen Februaraufstand 1934 von Kanzler Engelbert Dollfuß und seinem Nachfolger Kurt Schuschnigg die letzten Reste der Demokratie zertrümmert worden. So ergriff das bürgerlich geprägte Land im Zeichen des Austrofaschismus nicht nur verbal Partei für die Auführer in Spanien. Schon lange bevor Österreich nach dem im März 1938 erfolgten »Anschluss« an Hitlerdeutschland »gleichgeschaltet« war, hatten dort ansässige Firmen Waffen und Munition an die Putschisten geliefert und die Rekrutierung von Österreichern für Francos Truppen gefördert.

Da Ungarn unter der Diktatur des Admirals und Reichsverwesers Miklos Horthy das Konzept eines »völkischen« Nationalismus verfolgte, sich aber allein zu schwach für eine revisionistische Politik hielt, suchte und fand es gewichtige Ver-

bündete im faschistischen Italien, im austrofaschistischen Österreich und schließlich im Deutschen Reich, an dessen Seite es sich auch am Überfall der Wehrmacht auf Jugoslawien und die Sowjetunion beteiligte.

Als in Norwegen 1933 die soeben gegründete »Nasjonale Samling«, die »Nationale Vereinigung«, des ehemaligen Verteidigungsministers Vidkun Quisling an die Öffentlichkeit trat, war das ein Zeichen dafür, dass in dem skandinavischen Land gefährliche faschistische Kräfte erstarbt waren. Die sozialdemokratisch geführte Regierung Norwegens, die 1935 die Geschäfte von der bisher amtierenden Bauernpartei übernommen hatte, konnte sich wie ihre Bruderparteien in anderen Ländern nicht zu einer Politik entschei-

„ Erst die Versorgung mit schwerem Nachschub über Lissabon und andere portugiesische Häfen versetzte die Franco-Truppen 1936 in die Lage, auf Madrid zu marschieren.

ben, die auf eine Absage an die sogenannte Nichteinmischung hinausgelaufen wäre.

In den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts ähnelte Finnland eher einem faschistischen denn einem bürgerlich-demokratisch regierten Land. Die revolutionäre Gewerkschaftszentrale mit ihren 100.000 Mitgliedern war 1932 aufgelöst worden, die KP konnte seit ihrer Gründung 1918 nur illegal tätig werden. Die Ausreise in das republikanische Spanien war unter dem Vorwand einer vermeintlichen Neutralität verboten; Verstöße dagegen galten als »Vorbereitung zum Hochverrat«.

Erst die Versorgung der Franco-Truppen mit schwerem Nachschub über Lissabon und andere portugiesische Häfen versetzte die Franco-Truppen 1936 in die Lage, auf Madrid zu marschieren. Im westlichen Nachbarland Spaniens existierte seit 1926 ein autoritäres Militärregime, seit 1932 regierte Antonio de Oliveira Salazar als Diktator. Im Spanienkrieg stellten Salazar und sein Regime sich klar auf die Seite der Putschisten, die von den Nachbarn umfangreiche materielle und logistische Unterstützung erfuhren.

### Erfinder der »Non-Intervention«

Last but not least ist von Frankreich, Großbritannien und den USA zu reden, die seinerzeit zweifellos die Hauptländer des Imperialismus waren. Namentlich Frankreich war ja eigentlich dafür prädestiniert, der Spanischen Republik zur Seite zu stehen, wurde es doch seit Mai 1936 ebenfalls von

einer Volksfront geführt. Doch der Sozialist Léon Blum, Chef einer von der FKP tolerierten Koalition mit der Radikalen Partei, vermochte nicht, seine Mehrheit von 337 gegenüber 222 Stimmen auf Dauer zu behaupten. Unter dem Druck der Bourgeoisie unternahm Frankreich z. B. nichts, als Hitlertruppen 1936 die entmilitarisierte Rheinzone besetzten oder die profaschistischen »Cagoullards«, die »Feuerkreuzler« und andere rechte Geheimbünde ihr Unwesen trieben. Obwohl man an vorher vereinbarte Verträge über Waffenexporte nach Spanien gebunden war, legte Blum sich wenige Tage nach dem Putsch auf eine strikte Neutralität fest. Schon am 23. Juli hatte er das in London mit führenden Konservativen erörtert und deren Forderungen akzeptiert, die für eine Verständigung mit

Deutschland und Italien waren. So musste er zur Kenntnis nehmen, dass die britische Regierung unter Stanley Baldwin, die letztlich auf Francos Seite stand, keinerlei Einmischung in den spanischen Konflikt wollte.

Eine Woche später schlug Blum den anderen Staaten Europas vor, gegenüber Spanien das Prinzip der Nichteinmischung anzuwenden. Am 9. September trat das »Non-Intervention-Committee« in London zu seiner ersten Sitzung zusammen. Ihm gehörten 27 Staaten Europas an, inklusive der Sowjetunion, Deutschland und Italien. Die USA gehörten zwar nicht dazu, erklärten sich aber ebenfalls für neutral. Ihre »Neutralität« ging zwar so weit, dass Reisende nach Europa in ihre Pässe den Vermerk »Nicht gültig für Spanien« gestempelt bekamen, aber sie führte nicht etwa dazu, dass US-Konzernen Geschäfte mit den Putschisten untersagt worden wären.

Erkennbar waren so in der Regierungspolitik aller drei genannten Länder die Klasseninteressen der Bourgeoisie: ihr extremer Antikommunismus, ihr Hass auf den Sozialismus, die Furcht vor einem Erstarken der Demokratie. Außerdem waren sich die bürgerlichen Kabinette einig im Bestreben, Deutschland als Rammbock gegen die Sowjetunion auszunutzen. Sowohl Frankreich als auch Großbritannien selbst luden Deutschland und Italien zur »Nichteinmischung« ein und ließen sie etwa bei der Blockade der Seewege nach Spanien gewähren. Das spricht mehr als alles andere für die wahren Intentionen der »Non-Interventen«.

ANZEIGE

## Schreiben gegen den Faschismus

Eine große literarische Anthologie zum Spanischen Bürgerkrieg. Mit 46 Erzählungen und Romanauszügen vergessener oder verschollener Autorinnen sowie unbekannter Prosaarbeiten weltberühmter Schriftsteller.

Texte unter anderem von: Anna Seghers, Erika Mann, Joseph Roth, Arthur Koestler, Ernst Toller, Egon Erwin Kisch.

Erich Hackl hat die Texte zu einer einzigen großen, vielschichtigen Erzählung zusammengestellt.

Erich Hackl (Hg.)  
**So weit uns Spaniens Hoffnung trug**  
Erzählungen und Berichte aus dem Spanischen Bürgerkrieg

400 Seiten, gebunden, 2016  
978-3-85869-686-1, Euro 25,-



## Ein Schweizer kämpft gegen Franco

Hans Hutter Spaniens im Herzen ist das Vermächtnis eines partei-ungebundenen Antifaschisten, der 1936 bis 1938 auf der republikanischen Seite im Spanischen Bürgerkrieg kämpfte und dafür nach seiner Rückkehr in die Schweiz mit Gefängnis bestraft wurde. Aber es ist mehr als ein Bericht über jene Ereignisse, welche die europäische Geschichte so nachhaltig prägten.

Es ist auch ein Buch über Spanien und zeugt in lebendiger Weise von der großen Zuneigung, die der Autor für dieses Land entwickelt hat.

Hans Hutter  
**Spanien im Herzen**  
Ein Schweizer im spanischen Bürgerkrieg

354 Seiten, Broschur, 1996  
978-3-85869-694-6, Euro 24,-



## Aufarbeitung der Vergangenheit

Der franquistische Terror in Spanien während und nach dem Bürgerkrieg ist erst in den letzten Jahren in seinem ganzen Ausmaß bekannt geworden. Die Gräben, die in der Vergangenheit aufgerissen wurden, entzweien bis heute die Gesellschaft und spiegeln sich in vielen aktuellen politischen Debatten wider.

Georg Pichler  
**Gegenwart der Vergangenheit**  
Die Kontroverse um Bürgerkrieg und Diktatur in Spanien

336 Seiten, Klappenbroschur, 2013  
978-3-85869-476-8, Euro 25,-



Rotpunktverlag.ch

Zwischen 1936 und 1939 kämpften im Spanischen Bürgerkrieg zwischen 500 und 550 Dänen als Freiwillige auf der Seite der Republik. Zu Beginn machten sie sich einzeln auf den Weg, aber ab November 1936 rekrutierte die Dänische Kommunistische Partei (DKP) Freiwillige und organisierte ihre Anreise.

Von 219 Freiwilligen existieren Aufzeichnungen über Termine und Routen ihrer Reisen nach Spanien. Die meisten von ihnen machten sich im Winter 1936/37 auf den Weg, bevor die Regierung die Teilnahme von Freiwilligen am Spanischen Bürgerkrieg zu einer Straftat erklärte.

95 Prozent der dänischen Spanienkämpfer waren Arbeiter. Die Hälfte davon waren ungelernete Arbeiter und Seeleute. Fast die Hälfte von ihnen waren Mitglieder der DKP oder der Jungen Kommunisten (DKU).

Verschiedene Quellen nennen unterschiedliche Opferzahlen. Zwischen 135 und 170 Dänen sollen auf dem Schlachtfeld gefallen sein. Zusätzlich starben noch etwa 70 an Krankheiten. Die meisten Überlebenden kehrten 1938 nach Dänemark zurück.

Sie wurden nicht angeklagt, aber die Behörden registrierten sie. Für einige hatte das fatale Folgen, als sie sich zwischen 1940 und 1945 der Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besatzungsmacht der Nazis anschlossen, weil die dänische Polizei die Namenslisten der Registrierten an die Deutschen weitergab.

Für die heimkehrenden Freiwilligen gab es keine offizielle Begrüßungszeremonie, doch für viele Dänen waren sie Helden. Es gibt Berichte, dass eine Gruppe von Freiwilligen in Kopenhagen von einer jubelnden Menge von etwa 25.000 bis 30.000 Menschen empfangen wurde.

Harald, Kai und Aage Nielsen (von links) 1936 in Spanien



CEDOBBI (UCUMA/REA)

## Begegnungen mit dem Gespenst

Verfolgt, bedrängt, gefeiert: Dänische Kämpfer in den Internationalen Brigaden. Von Albert Scherfig

### Drei Brüder und ein Freund

In den Reihen der »Centuria Thälmann«, die die im September 1936 in Barcelona als eine der ersten aus ausländischen Freiwilligen bestehenden militärischen Einheiten aufgestellt wurde, waren auch drei dänische Brüder, Harald, Kai und Aage Nielsen, sowie ihr Freund Hans Petersen.

Monate vor den Ereignissen in Barcelona hatten Kai und Hans während einer Pause in der Fabrik, in der sie arbeiteten, in einer dänischen kommunistischen Zeitung über den Ausbruch des Bürgerkriegs gelesen. Aufgewühlt durch die Schrecken, die der faschistische Militärputsch verbreitete, hielten es beide für viel sinnvoller, nach Spanien zu gehen, um die Volksfront »Frente Popular« zu unterstützen, als weiter Gussstücke zu formen. Kais Brüder schlossen sich dem Plan sofort an. Ihre Mutter war nicht begeistert von ihrem Plan und drohte damit, die Polizei zu rufen; ihr Vater jedoch, ein alter Syndikalist, schaffte es, sie zu beruhigen, indem er sagte: »Lass sie gehen. Sie werden sowieso nicht weit kommen.« In den frühen Morgenstunden des 22. August 1936 schwangen sich die drei Nielsen-Brüder zusammen mit Hans Petersen auf ihre Fahrräder und verließen ihr bescheidenes Arbeiterviertel in Kopenhagen.

### Die ersten Interbrigadisten

Auf ihrer Reise durch Europa schrieben die drei Brüder fleißig Briefe an ihre Familien. Ihre Korrespondenz zeichnet sich durch einen leicht naiven Unterton angesichts ihrer Begegnung mit dem Gespenst des europäischen Faschismus aus. Die Briefe sind fast vollständig erhalten, und man gewinnt durch sie einen faszinierenden Einblick, wie sich drei gewöhnliche Jungen in einer außergewöhnlichen Situation zurechtfinden.

Nach vielen Schwierigkeiten und einer zufälligen Fahrt mit Durrutis' Zug erreichten die drei Brüder Anfang September 1936 die Außenbezirke von Bar-

celona. Hier kamen sie bald in Kontakt mit Hans Beimler und den ersten deutschen Freiwilligen. In der Kaserne »Carlos Marx« erhielten sie ihre militärische Grundausbildung.

### Auf dem Weg in die Schlacht

Nach ein paar Wochen waren die deutschsprachigen und die skandinavischen Freiwilligen der »Centuria Thälmann« bereit, sich an die Front zu begeben. Die vier Dänen trugen als Uniform den »Mono«, einen blauen Overall zusammen mit einem roten Halstuch. Die Brüder und Hans Petersen wurden einem Maschinengewehrtrupp zugeteilt, der aus neun Männern unter dem Kommando eines deutschen Weltkriegsveteranen namens Philip bestand. Der Trupp verfügte nur über ein einziges französisches Hotchkiss-Maschinengewehr, weil die moderneren sowjetischen Waffen die Front noch nicht erreicht hatten. Das Maschinengewehr war schwer, und es hatte häufig Aussetzer beim Schießen. Harald verstand sich bald gut darauf, die Waffe auseinanderzunehmen und zu reparieren, wenn sie nicht mehr funktionierte. Sie wurden auch mit selbstgemachten Handgranaten ausgerüstet, die asturischen Bergarbeiter hergestellt hatten. Sie bestanden aus einer Dynamitladung mit einer Schnur und einem Bleigewicht am Ende, die abgezogen werden musste, damit das Dynamit explodierte. Diese Dynamitladungen waren 1934 während des asturischen Bergarbeiteraufstands verwendet und damals »Artillerie der Revolution« genannt worden.

### Feuertaufe

Am 1. Oktober brach die »Centuria Thälmann« zur Front nach Aragon auf. Die Freiwilligen wurden als Stoßtruppen eingesetzt, um den spanischen Milizen den Weg zu bereiten, die nachsetzten, sobald

die faschistischen Truppen zurückgeworfen wurden. Die »Centuria Thälmann« bezog zuerst Stellung bei der Belagerung der Stadt Huesca, die von den Faschisten kontrolliert wurde. Zwei Wochen später wurde die Einheit 70 Kilometer südlich in die Stadt Zaragoza verlegt und anschließend nach Tardienta ein wenig südlich von Huesca. Hier hatten sie den Auftrag, die Kapelle Santa Quiteria zurückzuerobern, die in den Hügeln liegt mit guter Sicht nach Westen auf die nähere Umgebung. Francos marokkanische Söldner verteidigten die Kapelle.

In der Nacht zum 20. Oktober wurde der Hauptangriff geführt. Die marokkanischen Truppen hatten sich ringsherum in den Hügeln eingegraben, und Harald erklärt, dass sie die Söldner aus ihren unterirdischen Stellungen vertrieben, indem sie Granaten in die Erdlöcher warfen. »Es kamen Arme und Beine von dort unten hochgefliegen, bis die Söldner am Ende mit erhobenen Armen herausgestürzt kamen.« Es war eine blutige Feuertaufe, und die Kämpfe dauerten vom frühen Abend bis zum Morgengrauen.

### Schwere Verluste

Harald hatte seinen Wehrdienst in Dänemark in einer Maschinengewehrkompanie abgeleistet, und weil er der einzige mit militärischer Erfahrung war, wurde er bei den Angriffen als erster Schütze eingesetzt. Das Hotchkiss-Maschinengewehr war auf ein Dreibeinstativ montiert, weil es aber dadurch hoch stand, war der Schütze relativ ungeschützt. Philip, der Anführer ihres Trupps, bediente das Maschinengewehr als erster. Kaum dass er die Waffe übernommen hatte, wurde er von einem in Italien hergestellten Projektil getroffen. Harald erinnert sich sehr deutlich an diese heftige Erfahrung: »Da war nur ein winziges Loch im Bauch, aber von seinem Rücken war fast nichts

mehr da.« Harald trat an Philips Stelle, aber die Waffe hatte wieder Aussetzer, so dass er sie vom Stativ nahm, um sie zu reparieren. Da traf ein weiterer Schuss die Waffe, doch wie durch ein Wunder prallte die Kugel so ab, dass Harald nur von Splittern an seiner Hand getroffen wurde. Daraufhin richtete Kai das Maschinengewehr wieder her und setzte das Feuer fort.

Am nächsten Morgen, als die spanischen Milizen anrückten, um die Stellung zu übernehmen, und die »Centuria Thälmann« sich zurückzog, waren von den 120 Mann der großartigen Centuria nur noch 65 übrig. Der Rest war entweder tot oder schwer verletzt.

### La bandera del sangre

Die katalanische Regionalregierung war auf den Kampfeinsatz in den Hügeln nahe Tardienta aufmerksam geworden, und so wurde die »Centuria Thälmann« mit dem Ehrenbanner »La bandera del sangre« ausgezeichnet, dem »Banner des Blutes«. Auch die dänischen Brüder erregten Aufmerksamkeit, und so wurde Aage, der jüngste der drei, dazu auserwählt, das Banner während einer Feierstunde am 27. Oktober entgegenzunehmen. Dabei wurden sie alle dafür geehrt, »während des Angriffs und bei der Verteidigung der Kapelle auf dem Hügel bis zur letzten Minute mit ihren Maschinengewehren die größte Tapferkeit gezeigt und die kostbaren Waffen sicher nach Hause gebracht zu haben«.

Journalisten und Filmreporter hatten die Zeremonie aufmerksam verfolgt, und so konnte man Aage wenige Monate später mit dem »Banner des Blutes« in den Nachrichtenbeiträgen der dänischen Kinowoche schauen sehen.

Übersetzung aus dem Englischen von Jürgen Heiser

Albert Scherfig ist Historiker und Lektor der dänischen Verlagskooperative Nemo Publishing (Forlaget Nemo). 2014 schrieb er das Buch »Die Gebrüder Nielsen – Briefe aus dem Spanischen Bürgerkrieg« (»Brødrene Nielsen – Breve fra Den Spanske Borgerkrig) über den Kampf der drei Brüder während des Spanischen Bürgerkriegs (1936–1939) und unter der Nazibesatzung Dänemarks (1940–45).

1 Buenaventura Durruti Dumenge (1896–1936) war ein spanischer Anarchosyndikalist und Führer einer republikanischen Eliteinheit; iw

# Die Schlacht im East End

Am 4. Oktober 1936 wurden die britischen Faschisten aus dem Londoner Arbeiterviertel vertrieben. An diesen Wendepunkt der Geschichte wird demnächst erinnert. **Von Phil Katz**

**E**rstaunlich, dass bereits 80 Jahre vergangen sein sollen, seit die »Battle of Cable Street« (»Schlacht in der Cable Street«) gegen Oswald Mosleys (1896–1980) »British Union of Fascists« (BUF) auf den Straßen des Londoner East End stattfand. Von der Generation derjenigen, die dort am Sonntag, dem 4. Oktober 1936, gegen die Faschisten in die Schlacht zogen und die Oberhand gewannen, wird wohl kaum noch jemand leben. So wird die Erinnerung diffuser, aber aus den Ereignissen können weiter Lehren gezogen werden.

Nur wenigen, die in der Gegend leben, oder der ehemals dort Ansässigen ist diese Auseinandersetzung unbekannt. Meine Mutter servierte an diesem Tag im Nachbarschafts- und Bildungszentrum Toynbee Hall örtlichen Honoratioren Tee, unter anderem auch dem Labour-Parlamentsmitglied Clement Attlee (1883–1967, von 1945 bis 1951 britischer Premierminister, jw). Mein Vater gehörte zu einer örtlichen Gruppe von Ringern, Boxern und Gewichthebern, die jeden Tag gegen die Mosley-Faschisten auf den Straßen kämpften und zu entschiedenem Widerstand entschlossen waren.

## Vormarsch des Faschismus

Niemand konnte ahnen, dass dieser Tag zu einem Wendepunkt in der britischen Geschichte werden würde. Die Menschen taten einfach, was getan werden musste. Und genau das ist die Lehre, die sie weitergaben: Entweder du handelst, oder die Geschichte rollt über dich hinweg. Mutter war als Teenager 1933 aus Deutschland geflüchtet. Für Vater, seine Kumpel und die Leute aus seinem Viertel begann der Krieg wahrscheinlich mit diesem Kampf in der Cable Street und hörte für ihn erst auf, als er in Tobruk, El-Alamein und in der Normandie gekämpft hatte und neun Jahre später in Berlin einmarschierte.

Die Cable Street war und ist eine der Hauptverkehrsadern, die sich durch den Kern Ostlondons erstreckt. Mehr als eine Million Menschen lebten dort, eingepfercht in Wohnungen, für die sie Wucherpreise an Miethaie zahlten, und beschäftigt in Ausbeuterbetrieben unter oftmals gefährlichen und unhygienischen Bedingungen. Doch die Gegend war auch ein kulturelles Zentrum, in der englische Arbeiter mit Einwanderern zusammenlebten. Das heutige Stadtbild wurde größtenteils in dieser Zeit geprägt, und auch in Bezug auf die Armut hat sich seitdem kaum etwas verändert. Das East End beherbergte die älteste chinesische Einwanderergemeinde der westlichen Welt, daneben waren die Iren nach 1840 in größerer Zahl gekommen, gefolgt von osteuropäischen Juden gegen Ende des Jahrhunderts.

In den Mietskasernen war die von ihren Konventionen und Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg, an Grippe- und Tuberkuloseepidemien geprägte ältere Generation mit einer neuen jüngeren zusammengedrängt, die sich in Gewerkschaften und Mietervereinen organisierte und sogar über »trende Grenzen« hinweg heiratete. Frauen, die in beträchtlicher Zahl vor allem in den Textil-, Munitions- und Rüstungsbetrieben das lokale Arbeitshierarchieverstärkten, wurden zu einer wichtigen Kraft. Um die Zeit der Kämpfe in der Cable Street war die Erinnerung an die Suffragetten noch sehr lebendig.

Aber alles war damals bestimmt vom ideologischen Kampf und dem scheinbar unaufhaltsamen Vormarsch des Faschismus auf die britische Insel. Nur die Linke begriff jedoch, dass die Faschisten absichtlich



PHOTO: ALAN MARSH/CONTEMPORARY LIBRARY

London, Cable Street, 4. Oktober 1936: Polizei geht an einer Barrikade gegen Antifaschisten vor

Richtung Osten gelenkt wurden. Die britische herrschende Klasse war recht sorglos, was Hitler und Mussolini betraf, solange die beiden nach Osten schauten. Während die Regierung des konservativen Premierministers Stanley Baldwin (1867–1947, dritte Amtszeit als Premier 1935 bis 1937, jw) die UdSSR isolieren wollte, bewirkte ihre Politik das für Großbritannien.

Beim Sieg über Hitler kam der britischen Bevölkerung eine entscheidende Rolle zu. Im Mittelpunkt der großen Kriegsanstrengungen standen die Bewohner des Londoner East End. Ihren ersten Eindruck von einem faschistischen Angriff bekamen sie nicht erst 1939, sondern durch Mosleys Ankündigung, er wolle dem »Sägemehl-Cäsar« (Titel eines Buches über Mussolini aus dem Jahr 1935, Autor war der Journalist George Seldes, 1890–1995, jw) mit seinem Marsch auf Rom nachzueifern. Mosleys erklärtes Ziel war es, einen Keil durch den Stadtteil zu treiben.

## Strategisches Ziel

Der geplante Marsch war mehr als die tagtäglichen Überfälle und Scharmützel. Mosley wollte im Londoner Osten die Oberhand gewinnen. Einige Bewohner verehrten ihn zwar, aber andere mussten erst noch dazu gebracht werden, seine »Schwarzhemden« zu unterstützen. Außerdem würde sich ein Erfolg auch im Ausland als Sieg »verkaufen« lassen. Denn vor allem Mussolinis faschistische Italien finanzierte Mosleys BUF.

Für seinen Marsch wählte Mosley einen Termin, von dem er wusste, dass er den Kern der organisierten antifaschistischen Opposition – die Kommunisten und die Jugend – auf dem falschen Fuß erwischen würde. Die hatten nämlich geplant, an diesem Tag an anderer Stelle im Zentrum Londons für die Unterstützung der Völker Spaniens zu demonstrieren. Aber die Antwort auf Mosleys Manöver war großartig, gut organisiert und sehr diszipliniert. Die Kommunisten und ihre Verbündeten, darunter Kriegsveteranen, riefen die Anhänger des republikanischen Spaniens auf, ihre Demonstration in das Gebiet um Gardiner's Corner und Cable Street zu verlegen. Zur Mobilisierung verwendeten sie die Parole »No

Pasarán«, die zum ersten Mal am 18. Juli 1936 erschallt war, als Francos Marsch auf Madrid gestoppt wurde.

Zur Mobilisierung wurden in den Straßen Parolen gemalt und abends mit Plakattaktionen um die Aldgate-U-Bahn-Station herum Leute informiert, die von der Arbeit nach Hause führen. Kino- und Musikveranstaltungen wurden durch Ankündigungen unterbrochen. Das Ziel war simpel und von allen zu verstehen: Mosleys Marsch sollte trotz Tausender Polizisten, die ihn eskortierten, verhindert werden.

Allein die schiere Menge von etwa 100.000 Gegnern zwang die Faschisten zu einem demütigenden Rückzug. Mosleys Hass auf die Gewerkschaften machte es ihm unmöglich, eine Arbeiterklasse für sich zu gewinnen, die sich seit Generationen in ihnen selbst organisiert hatte. Am Ende des Tages war seine Spielart des »Faschismus« als »neues politisches« Gesicht der alten Klassenherrschaft entlarvt. Seine ersten

Wahlkandidaten waren ein adliger Ritter, eine Lady, zwei Vizeadmiräle, ein Oberstleutnant und ein Generalmajor. Soviel zur neuen radikalen »Arbeiterpartei« BUF.

Sie wurde außerdem als Import angesehen. Mosleys Freundschaft mit *Stürmer*-Herausgeber Julius Streicher, der 1945 wegen Völkermordes in Nürnberg gehängt wurde, seine Trauung 1936 im Haus von Joseph Goebbels mit Hitler als Festgast, halfen ihm nicht gerade. Mosley hatte endgültig verloren, als er einen Tag nach der Schlacht im East End nach Deutschland flog, um den Reichspropagandaminister zu treffen.

Auch 80 Jahre danach geht von diesen Ereignissen eine Inspiration aus. Am Sonntag, dem 9. Oktober, wird ein Gedenkmarsch stattfinden. Britische und ausländische Gäste sind zur Teilnahme an ihm und an einer Reihe von Veranstaltungen eingeladen.

**Übersetzung aus dem Englischen:**  
Jürgen Heiser

**Der Designer und Schriftsteller Phil Katz ist Autor einer Reihe von Büchern, u. a. »Freedom From Tyranny« (Manifesto Press) und »Thinking Hands – The Theory of Labour in William Morris« (Hetherington Press).**

**Weitere Informationen:**  
[www.cablestreet80.org.uk](http://www.cablestreet80.org.uk)

**Gedenkmarsch:**  
9. Oktober, Aufstellung um 12 Uhr im Altab Ali Park, Whitechapel Road, London E1; Abschlusskundgebung im Park St George's Gardens, Cable Street

**Ausstellung: »The Battle Of Cable Street«, Idea Store, Watney Market, 260 Commercial Road E1 2FB, vom 28. September bis 18. Oktober, geöffnet von Montag bis Samstag von 9 bis 18 Uhr (zusätzliche Öffnungszeiten nach Marsch und Kundgebung am 9. Oktober). Die Ausstellung wird veranstaltet von der »Cable Street Group«.**

**Die dramatischen Ereignisse des 4. Oktober 1936 zeigt ein großes Wandgemälde am alten Rathaus von St George's auf der Cable Street, das während des Marschs passiert wird.**

ANZEIGEN

Max Schäfer (Hrsg.)  
**Spanien 1936–1939**  
Erinnerungen von Interbrigadisten aus der BRD  
400 S., 19,80 Euro (D) (A)  
ISBN 978-3-910080-90-4



Erinnerungen von Interbrigadisten aus der BRD  
Herausgegeben und eingeleitet von Max Schäfer

Kommentierte Neuauflage

Max Schäfers und Anke Wagners Zusammenstellung der Erinnerungsberichte westdeutscher Interbrigadisten ist 40 Jahre nach der Erstveröffentlichung selbst zur historischen Quelle geworden. Sie spiegelt das Bedürfnis nach Überlieferung geschichtsträchtiger Lebenserinnerungen wieder, die Mitte der 1970er Jahre aufgrund des fortgeschrittenen Alters der Spanienfreiwilligen allmählich zu verblasen drohten. Ziel dieser kommentierten Neuauflage soll es sein, den Sammelband wieder einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen: Nicht (nur) als Lesebuch, sondern als historische Quelle. Der vorgeschaltete Einführungstext soll gemeinsam mit den angefügten Fußnoten den Versuch darstellen, die Entstehungsgeschichte des Werkes und inhaltliche Schwerpunkte zusammenzufassen sowie kritisch zu kommentieren.

**Neue Impulse Verlag**  
Hoffnungstraße 18  
45127 Essen  
Tel. 0201 | 23 67 57

www.marxistische-blaetter.de

# Kampf gegen innere und äußere Reaktion

Luxemburger Kommunisten wehren sich gegen Maulkorbgesetz und organisieren 1935 den Kampf gegen die faschistischen Putschisten in Spanien. **Von Ali Ruckert**

Ali Ruckert ist Vorsitzender der Kommunistischen Partei Luxemburgs (KPL) und Chefredakteur der Tageszeitung *Zeitung vom Lëtzebuurger Vollek*

In Artikel 1 der Gesetzesvorlage »zum Schutz der politischen und sozialen Ordnung«, die Luxemburgs Regierungschef Joseph Bech am 2. Mai 1935 in der Abgeordnetenkammer deponiert hatte, hieß es unumwunden: »Die kommunistische Partei ist aufgelöst und die Tätigkeit der Vereinigungen und Gruppierungen, die direkt oder indirekt der kommunistischen Internationale angegliedert sind, ist auf dem Gebiete des Großherzogtums untersagt. Desgleichen werden durch Entscheidung der Regierung aufgelöst alle andern Gruppen oder Vereinigungen, die gleichviel unter welcher Form oder Bezeichnung darauf hinarbeiten, die Verfassung zu verändern oder das freie Funktionieren der verfassungsmäßigen Einrichtungen zu behindern, sei es durch Gewalttaten oder Drohungen, sei es durch die Bildung bewaffneter oder paramilitärischer Verbände.«

## Antifaschistische Komitees

Bereits am 29. Mai 1935 wurde auf Initiative des Freidenkerbundes der Stadt Esch ein antifaschistisches Komitee gegen dieses Gesetz gegründet, das bald nur noch »Maulkorbgesetz« genannt wurde. Ihm folgte in den Monaten Juni und Juli 1935 die Gründung von antifaschistischen Komitees in den Arbeiterstädten Differdingen, Düdelingen, Petingen und Rümelingen. Doch bereits am 1. September 1935 verbot die sozialdemokratische Arbeiterpartei ihren Mitgliedern aus antikommunistischen Motiven, in den antifaschistischen Komitees, welche die Einheit im Kampf gegen Maulkorb und Faschismus symbolisierten, mitzumachen. Praktisch während eines ganzen Jahres verschwand das »Gesetz zum Schutz der politischen und sozialen Ordnung« dann allerdings in der Versenkung, bevor die Reaktion erneut in die Offensive ging.

Inzwischen hatte das faschistische Italien am 3. Oktober 1935 Abessinien überfallen, Einheiten der faschistischen deutschen Wehrmacht waren am 7. März 1936 unter Bruch des Versailler Vertrages und des Locarno-Vertrages in die entmilitarisierte Rheinzone einmarschiert, und nach dem Putsch der faschistischen Generäle José Sanjurjo, Emilio Mola und Francisco Franco am 18. Juli 1936 gegen die republikanische Regierung in Spanien unterstützten Hitler und Mussolini die Putschisten mit Waffen und anderem Kriegsmaterial, bevor sie direkt militärisch intervenierten.

Gleichzeitig riegelte die »Nichteinmischungspolitik« Großbritanniens, Frankreichs und der USA die Spanische Republik von jeder Waffenzufuhr ab. Die Sowjetunion war das einzige europäische Land, das dem spanischen Volk im Kampf gegen den Faschismus zu Hilfe eilte, auch mit Flugzeugen, Panzern und freiwilligen Mannschaften, die bestens im Umgang mit diesen Waffen ausgebildet waren.

Die Kommunistische Internationale, deren Appelle an die sozialdemokratische Internationale zur Bildung einer Einheitsfront gegen den Faschismus zurückgewiesen wurden, war Initiator und Organisator einer breiten internationalen Solidaritätsbewegung mit der Spanischen Republik. Fast in allen Ländern schlossen sich kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter, Vertreter der fortschrittlichen Intelli-



Flugblatt aus dem Jahr 1935: Mit Hilfe des »Maulkorbgesetzes« sollte die Kommunistische Partei Luxemburgs verboten werden

genz und Antifaschisten aus allen sozialen Schichten zusammen, um der spanischen Republik Hilfe zu leisten. Spanien-Hilfskomitees wurden gegründet, deren Koordinierung von Paris aus erfolgte, und im Oktober 1936 wurden die Internationalen Brigaden gebildet, in denen rund 35.000 Antifaschisten aus 54 Ländern an der Seite der Spanischen Republik kämpften.

In Luxemburg war es die Rote Hilfe, die zu diesem Zeitpunkt unter der Leitung von Beby Bernard, Maus Demuth, Franz Ewen, Michel Malget, Antoine Schroeder, Eugène Thomé und Claire Urbany arbeitete und insbesondere deutsche und italienische Antifaschisten unterstützte, die eine Woche nach dem faschistischen Putsch in Spanien zur Gründung von Hilfskomitees aufrief. In einem Appell forderte sie alle »Freunde der Freiheit und des Friedens« auf, Geld zu sammeln und dem spanischen Volk materielle Unterstützung zukommen zu lassen. Kurze Zeit später kam das »Comité de

coordination pour l'aide à l'Espagne Républicaine« zustande, dem sowohl Kommunisten als auch Sozialdemokraten angehörten, und am 3. Januar 1937 wurde das »Comité de secours pour l'aide aux orphelins de guerre espagnols« gegründet.

## 102 »Spueniekämpfer«

Im Oktober 1936, als die Internationalen Brigaden geschaffen wurden, die an der Seite der regulären Armee der Spanischen Republik gegen die Faschisten kämpften, gingen auch die ersten der 102 »Spueniekämpfer« aus Luxemburg nach Spanien, um bis 1938 den Faschismus mit der Waffe in der Hand auf der Iberischen Halbinsel zu bekämpfen.

»Sämtliche Personen sind den Polizeiorganen als Aufwiegler und Umstürzler bekannt«, hieß es dazu im Bericht der Sureté vom 1. Dezember 1936. Infolge ihrer Bespitzelungsaktionen fand die Polizei her-

aus, dass viele der antifaschistischen Kämpfer der ersten Stunde – fast alle junge luxemburgische und italienische Männer aus dem Süden des Landes –, Instruktionen für die Reise von »Kommunistenführer Zénon Bernard« bekamen, bevor sie von Mitgliedern der Roten Hilfe zum Büro der französischen Kommunisten nach Hagondange, der ersten Anlaufstelle auf dem Weg ins Ausbildungslager der Internationalen Brigaden im spanischen Albacete, weitergeleitet wurden. Unter ihnen gab es Sozialisten, Anarchisten und solche, die sich als Antifaschisten verstanden; die größte Gruppe unter den Spanienkämpfern aus Luxemburg waren aber Kommunisten, luxemburgische, italienische und deutsche.

Um Luxemburger abzuschrecken, nach Spanien zu gehen, um in den Reihen der Interbrigaden gegen den Faschismus zu kämpfen, verabschiedete die Mehrheit der Regierung Bech in der Abgeordnetenkammer am 10. April 1937 ein Gesetz, das

es Luxemburger Staatsangehörigen und Ausländern, die sich auf dem Territorium Luxemburgs befanden (mit Ausnahme der Spanier) verbot, das Land in Richtung Spanien zu verlassen. Zuwiderhandlungen sollten mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis sechs Monaten bestraft werden. Dieses Gesetz wurde erst 66 (!) Jahre später, am 16. Juli 2003, von der Abgeordneten-kammer außer Kraft gesetzt.

In Luxemburg selbst war inzwischen wieder ein reaktionärer Vorstoß in Richtung Verbot der KPL erfolgt. Die klerikal-liberale Regierung Bech hatte das Maulkorbgesetz erneut aus der Schublade gezogen, und am 14. November 1936 erklärte Kammerpräsident Reuter in der Abgeordneten-kammer, in Kürze werde eine Diskussion über das »Gesetz zum Schutz der politischen und sozialen Ordnung« erfolgen.

**Gegen den Maulkorb**

Zwei Wochen später, am 28. November 1936, wandte sich die Kommunistische Partei mit dem Aufruf »Das Volk braucht Brot und Frieden. Es braucht nicht einen Maulkorb«, gedruckt in 30.000 Exemplaren, an das Luxemburger Volk. Am 12. Dezember 1936 folgte dann ein zweites Flugblatt der KPL, bevor der Freidenkerbund, dem Kommunisten, Sozialdemokraten und fortschrittliche Demokraten angehörten, für den 29. Dezember 1936 zu einer ersten großen Versammlung in Esch/Alzette gegen das Maulkorbgesetz aufrief.

Die Landeskongress der KPL am 21. März 1937 in Rümelingen, an der eine Reihe Militanten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei teilnahmen, stand ganz im Zeichen gegen den Maulkorb. Ihre Lösung war die gleiche wie die der Landeskongress vom 9. Februar 1936 in Niederkorn: »Schaffendes Volk Luxemburgs, vereinige dich! Vereinige dich ohne Unterschied der Partei und der Weltanschauung zum Kampfe um ein freies, glückliches und unabhängiges Luxemburg!«

Im Aufruf der Rümelinger Landeskongress hieß es unter anderem: »Merken denn Regierung und Kammermehrheit in ihrer parteipolitischen Verblendung nicht, dass sie mit der Unterdrückung der Kommunistischen Partei in Luxemburg nicht bloß das Spiel der volks- und landesfeindlichen Schwerindustrie betreiben, sondern vor allem Hitlerdeutschland den größten Liebesdienst erweisen? Wer wird das Land und sein Volk gegen Hitlers Ansprüche, sogar gegen Hitlers Überfall verteidigen, wenn die Kommunisten, die Sozialisten, die Arbeiter in Ketten liegen? (...) Wir sind bereit, jede Regierung zu unterstützen, welche die Freiheiten des Volkes unangetastet lässt, seine lebensnotwendigen wirtschaftlichen Forderungen erfüllt und das Land gegen die Übergriffe, Einmischung und Wühlereien der faschistischen Mächte, besonders Hitlerdeutschlands, zu verteidigen weiß!«

Erst am 23. April 1937, dem Tag, an dem die Abgeordnetenkammer mit 34 gegen 19 Stimmen bei einer Enthaltung das »Antikommunistengesetz« beschloss, starteten die sozialdemokratische Arbeiterpartei und einige Gewerkschaften eine Kampagne gegen den Maulkorb. Eine Woche später hatte die klerikal-liberale Regierungskoalition sich auf ein Referendum über das Maulkorbgesetz geeinigt, das am 6. Juni 1937, zusammen mit den Parlamentswahlen im Zentrum und Norden, stattfinden sollte.

Unterdessen hatten die Klerikalen großes Geschütz aufgeföhren, um dem Volk Angst einzujagen. Ende März 1937 hatte die Gendarmerie den belgischen Waffenhändler Henri Lhoir verhaftet, der im belgischen Zollamt in Athus die Ausfuhr von 350 Repetierpistolen und 142 Schuss Munition, die offensichtlich nach Spanien geliefert werden sollten, ordnungsgemäß angegeben, es aber unterlassen hatte, in Luxemburg eine Transiterklärung auszuföhren. Diesen Tatbestand nutzte die Regierung, um die Falschmeldung zu verbreiten, die

Kommunisten hätten 400 automatische Pistolen in einem geheimen Waffenlager horten wollen.

**KPL-Verbot scheitert**

Doch weder die Lügen der Regierung noch eine Vielzahl anderer Provokationen erreichten ihren Zweck. Am 6. Juni 1937 entschied sich das Luxemburger Volk mit einer knappen Mehrheit von 50,67 Prozent gegen das Maulkorbgesetz. Für das Gesetz gaben 70.371 Luxemburger ihre Stimme ab, mit Nein stimmten 72.300. Im Osten (67,7 Prozent) und Norden (65,3 Prozent) gab es deutliche Mehrheiten für das Maulkorbgesetz (mit Ausnahme von Befort, Grevenmacher, Mertert, Kautenbach, Schieren, Vianden und Wiltz, deren Einwohner mehrheitlich nein sagten), in der Hauptstadt und im Kanton Esch war das Gegenteil der Fall. In Esch/Alzette, Differdingen, Rümelingen, Sassenheim und Schiffingen stimmten mehr als 70 Prozent gegen den Maulkorb, in Düdelingen, Kayl und Pétingen mehr als 60 Prozent.

Am 9. Juni 1937 reichte der Urheber des Maulkorbgesetzes, Staatsminister Joseph Bech, die Demission der Regierung ein; er wurde aber umgehend wieder mit der Neubildung der Regierung betraut. Alles sollte beim alten bleiben. In der Regierung, aber auch bei der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Deren Führung hatte ein Angebot des Zentralkomitees der KPL vom 26. Juni 1937 zur Aktionseinheit an die Bedingung geknüpft, die KPL müsse sich erst auflösen!

Die Landeskongress der KPL am 1. August 1937 in Rodange, die zum Thema »Unser Kampf um die Einheit der luxemburgischen Arbeiterklasse und die Bildung der demokratischen Front« stattfand, bekräftigte den Willen der KPL zur Aktionseinheit und bekundete ihre Bereitschaft, über die Einheitsfront zur Einheitspartei auf der Grundlage eines demokratischen, sozialen und nationalen Programms zu gelangen.

Unterdessen wurde die Kriegsgefahr immer deutlicher. In Spanien wütelten noch immer die faschistischen Putschisten, unterstützt von Hitler und Mussolini, am 12. März 1938 marschierten deutsche Truppen in Österreich ein und einen Tag später vollzog die gegenüber den deutschen Faschisten freundlich eingestellte österreichische Regierung den »Anschluss« an Nazideutschland. Bereits im April 1938 erkannten die imperialistischen Westmächte Frankreich, Großbritannien und die USA die Annexion Österreichs an, während die sowjetische Regierung sich im Völkerbund als einzige scharf gegen den Gewaltakt Hitlerdeutschlands wandte.

**Anerkennung Francos**

Fünfzehn Monate zuvor hatte die Regierung Bech am 28. Mai 1937 eine Konvention mit Belgien, Dänemark, Finnland, den Niederlanden, Norwegen und Schweden unterzeichnet, außerhalb der Konflikte der Großmächte zu bleiben. Als dieser Block der »Oslo-Staaten« im Juli 1938 erklärte, sich nicht mehr an Sanktionen des Völkerbundes gebunden zu fühlen (was einer indirekten Schützenhilfe für Hitler gleichkam), stimmte die (luxemburgische, jW) Regierung Dupong zu.

Wenige Monate später, am 13. März 1939 beehrte sie sich dann, das Regime des spanischen Faschistenführers Franco anzuerkennen – 15 Tage bevor Madrid in die Hände der Faschisten fiel. Von den 102 Männern aus Luxemburg, die an der Seite der Spanischen Republik gekämpft hatten, waren 18 im Kampf gefallen, sieben galten als vermisst.

Kurze Zeit später sollten auf die Kommunisten, die, als »Münchener Abkommen« als schmählichen Verrat bezeichnet hatten und am 4. Juni 1939 in Düdelingen auf ihrem VII. Kongress forderten, die Verteidigung des Landes im Hinblick auf einen möglichen Überfall Hitlerdeutschlands müsse umgehend organisiert werden, neue Bewährungsproben zukommen.

ANZEIGEN

**Das Buch zum 22. Friedenspolitischen Ratschlag – und für die kommenden Aktivitäten!**



Verlag Wfnried Junior, ISBN 978-3-95978-045-2, 15,00 Euro

**Lühr Henken (Hrsg.) Wege aus der Kriegslogik – Für eine neue Friedenspolitik**

Stimmen aus der Friedensforschung, Friedensbewegung und Politik, die Wege aus der Kriegslogik und Schritte für eine neue Friedenspolitik aufzeigen, kommen in Band 22 der Kasselser Schriften zur Friedenspolitik zu Wort.

Mit Beiträgen von: Martin Baraki, Christine Buchholz, Murat Cakir, Erhard Crome, Günter Giesenfeld, Joachim Guillard, Lühr Henken, Matthias Jochheim, Jorge Jurado, Cornelia Kerth, Karin Leukfeld, Birgit Malzahn, Manfred Mohr, Leonore Schröder, Alexander Neu, John P. Neelsen, Willi van Ooyen, Norman Paech, Anne Rieger, Werner Ruf, Jerry Sommer, Wolfgang Sreter, Jürgen Wagner, Peter Wahl, Roman Zitzelsberger.

**Wochenendseminar von isl und RSB Spanien 1936–1939: Revolution und Konterrevolution**

2016 jährt sich der Beginn des spanischen Bürgerkriegs (1936–1939) zum 80. Mal. In unserem Wochenendseminar gehen wir auf den Kampf zwischen der ArbeiterInnenbewegung und dem Franco-Lager und auf die zentrale Auseinandersetzung innerhalb des republikanischen Lagers ein: »Soziale Revolution« oder »Erst den Krieg gewinnen, dann die Revolution«.

**Es referieren u. a.:**  
**Werner Abel**, Historiker, Mitverfasser von „Sie werden nicht durchkommen“ – Deutsche an der Seite der Spanischen Republik und der sozialen Revolution  
**Vera Bianchi**, Historikerin, Autorin von Feministinnen in der Revolution – Die Gruppe Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg  
**Reiner Tosstorff**, Historiker, Autor von Die POUM in der spanischen Revolution

**Beginn: Samstag, 17.9., 12 Uhr, Ende: Sonntag, 18.9., 13 Uhr**  
**Ort: Haus der Jugend Frankfurt am Main**

Teilnahmekosten: 60 Euro (mit Unterkunft und Verpflegung); Ermäßigungen möglich  
 Weitere Informationen und Anmeldung:  
 isl@islinke.de oder buero@rsb4.de oder Tel. 0221 / 923 11 96  
 http://www.islinke.de • http://www.rsb4.de

**isl internationale sozialistische linke (isl) und Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB) in Zusammenarbeit mit Dritte Welt Haus Frankfurt**



**Vor 76 Jahren begann mit dem Überfall der faschistischen deutschen Wehrmacht auf Polen der Zweiten Weltkrieg, der unvorstellbare Zerstörungen anrichtete, großes Leid in Europa und über 50 Millionen Kriegstote zur Folge hatte.**

**Eingedenk des Schwurs der befreiten Häftlinge von Buchenwald »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus« verurteilen wir die von den USA über die NATO inszenierte Kriegspolitik der Bundesregierung, die gegen Staaten im Nahen Osten und insbesondere gegen Russland gerichtet ist.**

**Es ist menschenunwürdig, dass Konzerne mit Hilfe der Bundesregierung durch Waffenlieferungen aus Kriegen Profit erzielen und Machtinteressen durchsetzen.**

**Wir wollen Eure Kriege nicht! Wir wollen in Frieden leben!**



**OK OSTDEUTSCHES KURATORIUM VON VERBÄNDEN E.V. lädt ein zur »Alternativen Einheitsfeier 2016«**

Die traditionelle Protestveranstaltung wider die offiziellen Jubelfeiern.  
**Am 3. Oktober 2016 von 10.00 bis 12.00 Uhr**  
 in der UCI-Kinowelt, Landsberger Allee 52, 10249 Berlin-Friedrichshain.  
**»Frieden. Freiheit. Solidarität.«**

**Mitwirkende:**  
**Dr. Matthias Werner**, Präsident des OKV e.V.; **Annelies Kimmel**, ehemals Mitglied des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR, Vorstandsmitglied des »Freie Deutsche Gewerkschaften Förderverein zur Geschichte der Deutschen Gewerkschaftsbewegung« (VFDG); **Wolfgang Herrmann**, Bauingenieur, Berater bei der FSNL in Nicaragua (1985-1988), Herausgeber der Zeitschrift "Nueva Nicaragua Informe"; **Gruppe »Quijote« - Musik gegen Windmühlen - aus Chemnitz, die mit einem Programm, dem Motto entsprechend, die Teilnehmer in ihren Bann ziehen wird.**

Kartenvorverkauf: Jeweils von 10-16 Uhr bei **GBM e.V.**, Tel.: 030/5578397 (Mo-Fr); **GRH e.V.**, Tel.: 030/29784225 (Di u. Do); **ISOR e.V.**, Tel.: 030/29784315 (Di, u. Do) und **OKV e.V.**, nur dienstags 10-12 Uhr im FMP1, R630, Tel.: 0175/2652897; E-Mail: [redaktion@okv-ev.de](mailto:redaktion@okv-ev.de) (24 h-Bestellung) und [Shop@bueroegbaeude.fmp1.de](mailto:Shop@bueroegbaeude.fmp1.de); Restkarten an der Tageskasse am 3.10. - **Unkostenbeitrag: 5 €**

ANZEIGE

**PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln**



**Kurt Pätzold DEUTSCHLAND 1933-39 VORKRIEG Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie**

Wie haben die Deutschen im »Dritten Reich« gelebt? Wieso haben sie dem »Führer« geglaubt? Und warum so viele und so lange? Dieser Abriss jener sechseinhalb Vorkriegsjahre ist auch ein Buch gegen Legenden und noch immer verweigerter Erkenntnisse.

153 Seiten – € 9,90



**Kurt Pätzold ZWEITER WELTKRIEG Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie**

Kurt Pätzold stellt die Zwangsläufigkeit des 1. September 1939 in Frage, zeichnet die Ereignisse nach, zeigt die deutschen Kriegsziele und -verbrechen, behandelt den Völkermord an Juden, Sinti und Roma – und schließt mit Überlegungen zum 8. Mai 1945.

2. Auflage – 143 Seiten – € 9,90



**Peter Rau DER SPANIENKRIEG 1936-39 Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie**

Peter Rau beschreibt den Kampf der Spanischen Republik gegen den Faschismus und die Internationale Solidarität, die sie erfuhr. Und er stellt die Konflikte im republikanischen Lager, die verhängnisvolle Politik der Westmächte und die nicht immer uneigennützig Hilfe der Sowjetunion dar.

130 Seiten – € 9,90

Drei Wochen lang: **Gratis lesen!**



Ja, ich will die Tageszeitung **junge Welt** drei Wochen kostenlos lesen. Das Abo endet automatisch. Belleröfung in die Schweiz und Österreich zu gleichen Konditionen, aber für zwei Wochen.

Subscription form with fields for Name, Address, Phone, and E-Mail. Includes a coupon code: 2016.

Montag, 12.9.2016, 19 Uhr **Berliner Buchpremiere**

### »So weit uns Spaniens Hoffnung trug« Erzählungen und Berichte aus dem Spanischen Bürgerkrieg



Publizist Günther Drommer im Gespräch mit Herausgeber Erich Hackl

Lesung: Anja Panske (Schauspielerin/Regisseurin)

Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Österreichischen Kulturforum Berlin

Um Anmeldung unter 0 30/536355-56 oder mm@jungewelt.de wird gebeten. Eintritt: 5,00 €/ermäßig: 3,00 €

Advertisement for 'junge Welt LadenGalerie' (Galerie · Buchhandlung · Treffpunkt) at Torstr. 6 · 10119 Berlin.

### Wochenendseminar von is! und RSB Spanien 1936–1939: Revolution und Konterrevolution

2016 jährt sich der Beginn des spanischen Bürgerkriegs (1936–1939) zum 80. Mal. In unserem Wochenendseminar gehen wir auf den Kampf zwischen der ArbeiterInnenbewegung und dem Franco-Lager und auf die zentrale Auseinandersetzung innerhalb des republikanischen Lagers ein: »Soziale Revolution« oder »Erst den Krieg gewinnen, dann die Revolution«.

Es referieren u. a.: **Werner Abel**, Historiker, Mitverfasser von »Sie werden nicht durchkommen« – Deutsche an der Seite der Spanischen Republik und der sozialen Revolution **Vera Bianchi**, Historikerin, Autorin von Feministinnen in der Revolution – Die Gruppe Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg **Reiner Tosstorff**, Historiker, Autor von Die POUM in der spanischen Revolution

Beginn: Samstag, 17.9., 12 Uhr, Ende: Sonntag, 18.9., 13 Uhr  
Ort: Haus der Jugend Frankfurt am Main

Teilnahmekosten: 60 Euro (mit Unterkunft und Verpflegung); Ermäßigungen möglich  
Weitere Informationen und Anmeldung:  
is! @ islinke.de oder buero @ rsb4.de oder Tel. 0221 / 923 11 96  
http://www.islinke.de • http://www.rsb4.de

Logo for 'internationale sozialistische linke (is!) und Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB) in Zusammenarbeit mit Dritte Welt Haus Frankfurt'

Advertisement for 'PARTIZANTRAVEL' featuring a '80 Jahre danach Baskenlandreise vom 23.-29. April 2017'.

# Die verlängerte Diktatur

Kirche und Staat in Spanien wollten auch am 80. Jahrestag des Putsches nicht an die Opfer Francos erinnert werden. **Von Carmela Negrete**

Vom spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy (Partido Popular) gab und gibt es kein Wort der Verurteilung des Militärputsches von Francisco Franco 1936, auch nicht am 18. Juli, dem 80. Jahrestag. Madrid verzichtete auf eine staatliche Gedenkveranstaltung, dafür wurde im Dom von Valencia an diesem Tag eine Messe für den Diktator gelesen.

Wenigstens Katalonien veranstaltete ein Konzert zur Erinnerung an »alle Kriegsoffer«, an dem die Repräsentanten der autonomen Gemeinschaft teilnahmen. Nur der Partido Popular fand das Gedenken unangebracht und schickte keinen Vertreter.

Das alles steht für den Umgang des heutigen Spanien mit Krieg und Diktatur. Vor diesem Hintergrund wurde im Dezember 2000 in Madrid die »Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica« (ARMH), die »Vereinigung für die Wiedergewinnung des historischen Gedächtnisses«, von dem Soziologen Emilio Silva gegründet. Anlass war die Exhumierung von 13 Toten, die von Falangisten, Mitgliedern der Franco-Partei, im Oktober 1936 erschossen worden waren. Silva ist der Enkel eines der Ermordeten. Die ARMH hat heute in vielen Städten regionale Gruppen, die es als ihre Aufgabe sehen, an die etwa eine Million Menschen zu erinnern, die zwischen 1936 und 1939 ums Leben kamen. Sie fordert außerdem, alle Straßen und öffentlichen Plätze, die Namen von Franco-Faschisten tragen, umzubenennen. Seitdem die Bürgerbewegung »Agora Madrid« die Hauptstadt regiert, wurden entsprechende Pläne entwickelt. Für 27 Straßen steht der Namenswechsel fest.

Aber noch längst nicht alle Städte verfügen über solche Pläne, obwohl ein 2007 von der sozialdemokratischen PSOE-Regierung verabschiedetes Gesetz alle spanischen Kommunen dazu verpflichtet. Gleiches gilt für das Monument »Valle de los Caídos«, in dem die sterblichen Reste von Franco sowie die des Militärdiktators (1923–1930) Miguel Primo de Rivera ruhen. Das gigantische Mausoleum in der Nähe von Madrid ließ Franco von politischen Gefangenen in Zwangsarbeit errichten. Die Kirche veranstaltet dort jedes Jahr eine Art Wallfahrt, was angesichts der Tatsache, dass dort auch Hunderte Leichen von Oppositionellen in Massengräbern bestattet wurden, besonders zynisch wirkt. Sie wurden nach ihrer Ermordung dorthin gebracht – sozusagen zum Ruhm ihres Henkers. Für die Hinterbliebenen eine Zumutung, die von den Behörden ignoriert wird. Der Journalist Jon Lee Anderson plädierte am 17. Juli in einer Kolumne bei *eldiario.es* dafür, die Anlage zu sprengen: »Für mich ist es eine Beleidigung des menschlichen Gewissens, dass dieses Monument immer noch existiert und sogar vom Staat geschützt wird.«

So bleibt es bei Freiwilligenarbeit, wie im Juli in der Ciudad Universitaria von Madrid. Dort wurden von der Medienöffentlichkeit unbeachtet Kampfplätze der Internationalen Brigaden untersucht.

Nach amtlichen Angaben gibt es in Spanien 2.382 Massengräber, die seit 1936 entstanden. Das sind weltweit die meisten. Seit 2000 hat ARMH ungefähr 350 dieser Gräber geöffnet und Knochenreste von mehr als 8.500 Ermordeten gefunden. Das wahrscheinlich größte Massengrab Europas befindet sich auf dem Friedhof von San Rafael in Málaga. Dort wurden Schätzungen zufolge

4.500 Menschen hingerichtet und verscharrt. Der dort regierende Partido Popular ließ über Teilen der Anlage einen Hundepark errichten. Das »Pipican«, wie es in der Bevölkerung genannt wird, muss nun entfernt werden. Ähnlich in Granada: Die ARMH musste eine Gedenktafel an einem Friedhof, die darauf hinwies, dass dort 4.000 Menschen hingerichtet worden waren, vier Mal erneuern. Jedes Mal ließ die Stadtverwaltung die Tafel entfernen, erst neuerdings ist dies offiziell ein Gedenkort.

Aussöhnung erledigt. Seither verzichtet die spanische Justiz darauf, Verbrechen des Franquismus aufzuklären.

Die Kommunistische Partei (PCE) ist damit nicht einverstanden. Sie erklärte 2013: »Das Amnestiegesetz wurde vor der Verfassung beschlossen und bezog sich nur auf die politischen Verbrechen. Von Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist dort keine Rede.« Diese Unterlagen aber »internationalen Abkommen, die auch Kraft über das Amnestiegesetz hinaus haben«. Sie müssten daher untersucht

Das spanische Parlament hat nie eine Resolution gegen den Putsch von Franco oder gegen dessen Diktatur verabschiedet.

Das erwähnte Gesetz über Historisches Gedenken (Ley de Memoria Histórica) von 2007 ermöglicht immerhin die Finanzierung von Ausgrabungen. Ob sie stattfinden, hängt jedoch davon ab, welche Partei die Regierung stellt. Als Rajoy 2011 Ministerpräsident wurde, stoppte er den Geldfluss. Aber es gibt private Unterstützer solcher Vorhaben. Ein wichtiger Akteur ist die baskische Wissenschaftsgesellschaft Aranzadi mit ihrem Direktor, dem Forensiker Francisco Etxebarria. Die norwegische Gewerkschaft »EL og IT Forbundet« bietet immer wieder Unterstützung an. Sie sammelt seit Jahren Geld, um in Spanien die Öffnung von Massengräbern zu ermöglichen, insbesondere wenn es um ermordete Gewerkschafter geht.

und aufgeklärt werden. 2008 versuchte dies Richter Baltasar Garzón. Er wollte den Verbleib von 114.000 politischen Gegnern Francos sowie von 30.000 verschleppten Kindern ermitteln. Weltweit gibt es nur noch in Argentinien ein Gericht, das versucht, Licht in das Dunkel zu bringen, genauer: Richterin María Servini. Sie hat bereits Hunderte Zeugen in Spanien gehört und fuhr sogar zu jenen, die nicht mehr reisen konnten. »Die Menschen haben heute immer noch Angst, auszusagen«, wurde sie in der Presse zitiert. Ihr liegt auch eine Klage der Gruppe »La Comuna« vor. Es handelt sich dabei um mehr als 300 Aktivist:innen, die von frankquistischen Gerichten verurteilt wurden, weil sie linken Organisationen angehört hatten. 2011 schlossen sie sich zusammen. Sie fordern die Aufhebung des Amnestiegesetzes.

Das spanische Parlament hat nie eine Resolution gegen den Putsch von Franco oder gegen dessen Diktatur verabschiedet. ARMH-Gründer Silva sieht den Grund dafür darin, dass die Elite von damals immer noch da ist. Vor allem aber: Nach dem Tod Francos wurde 1977 mit den Stimmen von Sozialisten und Kommunisten das »Amnestiegesetz« verabschiedet. Es erklärt alle politischen Verbrechen während des Krieges und der Franco-Herrschaft für durch

Im Juli verlangten das nun auch die Vereinten Nationen. Das UN-Menschenrechtskomitee erklärte, es sehe mit Sorge, dass Spanien Hinrichtungen und das gewaltsame Ableben Tausender Menschen nicht untersucht.

**Carmela Negrete ist Journalistin. Sie arbeitet und lebt in Berlin**

Advertisement for two books: 'Krisenproteste in Spanien' by Nikolai Henke and 'Hinter den Barrikaden' by Lower Class Magazine.